



Spandauer Stachel

ALTERNATIVE LISTE SPANDAU - Bündnis 90/Die Grünen

Wahl-Extra Nr. 1 2011

Berlin braucht die Beste Regierende Bürgermeisterin Renate Künast

Berlin hat in den vergangenen Jahrhunderten schon viele Regierende überstanden, sich dank des Ideenreichtums der Berliner/innen und der frisch Zugewanderten immer wieder aufgerappelt und den Charme und die Lebendigkeit erhalten. Das Potential ist in dieser Stadt vorhanden – wir haben nicht nur 'ne große Klappe, wir packen die Sachen auch an. Wenn alle an einem Strang ziehen, wird Berlin das Jammertal zügig und solidarisch durchschreiten. Dazu braucht es die für und in dieser Zeit richtige Regierende **Bürgermeisterin: Renate Künast – wer sonst!**

Die fetten Jahre sind für die meisten Berliner/innen schon lange vorbei. Das Tafelsilber der Stadt wurde längst verschleudert, der Gürtel, der so eng geschnallt werden sollte bis es quietscht, wurde vielen um den Hals gelegt. Und dennoch war dies erst der Vorläufer des Sparzwanges, der in den kommenden Jahren die Hauptstadt regieren wird. Wenn alles in Scherben liegt, feiern wir uns die Welt eben schön – nach diesem Motto verbreitet Klaus Wowereit eine Wohlfühlstimmung, bei der die Gedanken im Wolkenkuckucksheim schweben, die Füße aber am Abgrund tanzen.

Die Inszenierung als Regierender Partymeister ist eine Strategie. Sie lenkt davon ab, dass es der von Klaus Wowereit eingesetzte und unterstützte Finanzsenator Sarrazin war, der die Stadt mit menschenverachtenden Ratschlägen des Besserverdienenden an die Armen gegen einander aufhetzte. Die eingeführten Steuerungsmodelle aus der

Wirtschaft sind in ihrer Handhabung für alle Berliner/innen spürbar: Berlin spart, indem der Anstieg der Hilfeberechtigten bei der Grundsicherung, der Hilfen zur Erziehung und den Förderstunden für Schüler/innen durch Leistungskürzung ausgeglichen wird. In den Bezirksämtern fehlt Personal, die Warte- und Bearbeitungszeiten sind auch bei Bauplanungen extrem lange. Eine Firma mit einer solchen Leitung müsste Konkurs anmelden.

CDU/SPD-geführte Senate haben die Karre u.a. mit dem Bankenskandal - dessen Endrechnung uns erst noch präsentiert wird - in den



Das Amt der Regierenden Bürgermeisterin erfordert eine starke Frau, die den Überblick behält und für Kooperation und Vernetzung der Stadt sorgt. Alle finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt, alle Stärken der Berliner/innen müssen in die gemeinsame Planung eingebunden werden. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen auszugrenzen.

Dieses urgrüne Selbstverständnis braucht Berlin!

Beruflich verfügt Renate Künast über die besten Voraussetzungen: Für die Sozialpädagogin ist Vernetzung, Kooperation und Moderation die Grundlage für Hilfe zur Selbsthilfe und eigenverantwortliches Handeln.

Für die Juristin ist die Einhaltung rechtsstaatlicher Strukturen Grundlage der Wahrung der Bürger/innenrechte und des friedlichen Miteinanders. Als Politikerin weiß sie um die Notwendigkeit föderaler demokratischer Strukturen. Als langjährige Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus war sie in der Verfassungskommission, in der die Volksabstimmung über die Änderung der Berliner Verfassung vorbereitet wurde und sie verfügt über die Kenntnis über den Verwaltungsaufbau, die zur dringend erforderlichen Umsetzung der Verwaltungsreform benötigt wird. Als Bundesministerin für Verbraucherschutz hat sie mit Souveränität und Beharrungsvermögen bewiesen, dass nachhaltige Politik auch in einem zunächst veränderungsresistenten und ablehnenden Umfeld Einzug halten kann.

Diese Kompetenzen braucht Berlin!

Am 18. September



3 X GRÜN

Dreck gefahren. Das Wirken des Finanzsenators des rot/roten Senates hat einen Zementsockel gegossen, der nun mühsam entfernt werden muss, ehe der Karren wieder bewegt werden kann.

Berlin braucht eine grüne regierende Bürgermeisterin, die wieder an die soziale und demokratische Tradition der Stadt anknüpft. Berlin braucht eine ökologische und soziale Wende. Wir haben keine Zeit für Experimente. Mehr Demokratie wagen war gestern: Demokratie leben – mit all den Schwierigkeiten und den Chancen, die damit verbunden sind - dafür stehen Bündnis 90 / Die Grünen und Renate Künast.



Einige Beispiele für den dringenden Handlungsbedarf im Bezirk



Dezentrale Kulturförderung – Kulturstadt Spandau

Das Potential für einen größeren Beitrag Spandaus zur Kulturhauptstadt Berlin ist vorhanden: Im Bezirk wohnen zahlreiche - auch renommierte - Künstler/innen. Aber viele leben in prekären Verhältnissen. Der tägliche Existenzkampf behindert sie in ihrem Schaffen. Neben der bestehenden Kulturförderung muss ein Netzwerk aufgebaut werden, das den Künstler/innen Strukturen für die Präsentation ihres Wirkens und eine Grundsicherung bietet. Die kreative Entfaltung muss unterstützt, die Kulturszene in Spandau gefördert werden.

Entmutigende 1-Euro-Jobs abschaffen – Arbeitssuchende stärken

Viel Geld wird für eine wachsende Zahl von Bildungsträgern ausgegeben. Doch sind 1-Euro-Jobs oft sinnvolle und notwendige Tätigkeiten, die in die Regelfinanzierung sozialpflichtiger Beschäftigung gehören. Beispiel Seekümmerner: Früher nannte sich das Parkwächter/innen. Auf Antrag der CDU wurde vom JobCenter ein MAE-Projekt gefördert, das von der CDU als ihre Beschäftigungsinitiative und ein Beitrag zur Kampagne „Sauberes Spandau“ vermarktet wird. Doch nun gibt es keine Dienstkleidung, keine Arbeitsmaterialien und was die Mitarbeiter/innen tun, ist egal – Hauptsache, sie sitzen ihre Zeit ab. Viele MAE-Projekte laufen aus dem Ruder und zeigen den Arbeitssuchenden: Euch brauchen wir nicht. So werden arbeitswillige Menschen gedemütigt und demotiviert. Kontrollen der Maßnahmen sind dringend notwendig, Arbeitsförderung muss die Menschen stärken und ihnen eine Perspektive bieten!

Gelder für ökologische Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll einsetzen

Mit der Planung der Landstadt Gatow vor 14 Jahren wurde auch der Beitrag für ökologische Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauung der Fläche festgesetzt. Die heutigen Anwohner/innen haben ihren Beitrag gezahlt, insgesamt stehen 5,5 Mio. Euro zur Verfügung. In der Zwischenzeit hat die Natur die für die Maßnahmen vorgesehenen Flächen zurück erobert, es entstand eine ökologisch wertvolle Wiesenlandschaft. Diese soll nun auf Grundlage der Planung aus dem letzten Jahrhundert in einen Landschaftspark umgestaltet und so ökologisch abgewertet werden. Wir fordern in Abstimmung mit den Anwohner/innen die für die Siedlung benötigten Wege, Sitz- und Spielgelegenheiten festzulegen. Die darüber hinaus vorhandenen Gelder sollen für Flächen im Bezirk bereitgestellt werden, in denen eine ökologische Aufwertung erforderlich ist. Auch diese Auswahl ist gemeinsam mit den Anwohner/innen der Landstadt zu treffen. Denn die Bürger/innen denken mehr an das Gemeinwohl als Politiker/innen ihnen zutrauen.

Alte Planungen den heutigen Bedarfen anpassen – Fördergelder gezielt einsetzen

Verwaltungshandeln hat einen langen Vorlauf. So kommt es, dass Planungen ohne Rücksicht auf Veränderungen der Umgebung umgesetzt werden, weil endlich das Geld zur Verfügung steht. Eine Anpassung an die heutigen Bedarfe würde wieder eine Kette von langjährigen Maßnahmen in Gang setzen, bei der am Ende mit viel Aufwand eine veraltete neue Planungsgrundlage erstellt wurde.

Der gültige Flächennutzungsplan wurde noch zu Mauerzeiten begonnen und in der Nachwendeeuphorie mit den prognostizierten Wachstumsraten überarbeitet und festgelegt. Dienstleistungen und Einkaufszentren – das schien eine Zukunft.

Heute finden sich in den Stadteilen statt Einzelhandelsgeschäfte Spielhallen und Imbisse. In der Wilhelmstadt soll nun mit Geldern der sozialen Stadt der Einzelhandel wieder belebt werden. Gleichzeitig kann auf Grund des geltenden Planungsrechtes die Ansiedlung eines weiteren Einkaufszentrums an der Wilhelmstraße nicht verhindert werden. Dabei wäre dies die ideale Fläche für eine zentrale Skater- und BMX-Bahn. Ein Ort, den die Kinder und Jugendlichen aus allen Stadtteilen gut erreichen könnten und an dem keine unmittelbaren Anwohner/innen durch Lärm belästigt werden.

Alte Pläne müssen dringend aktualisiert werden. Ein Stadt für alle bedeutet für die unterschiedlichen Bedarfe der Spandauer/innen Flächen in möglichst konfliktarmer Umgebung zur Verfügung zu stellen.

Der Bezirk wird ausgeblutet – die Bürger/innen werden untereinander ausgespielt

Spandau ist hoch verschuldet, dank der Steuerungsmodelle des rot/roten Senates und der unsozialen und ungesetzlichen Forderungen der schwarz/gelb/grauen Zählgemeinschaft im Bezirk. Die „Schulden“ bestehen zum überwiegenden Teil aus Leistungen, die Spandauer/innen nach Bundesgesetzen (Sozialhilfe/Grundsicherung und Hilfen zur Erziehung) gewährt wurden. Der rot/rote Senat gibt vor, dass Bedarfe gesteuert werden können, die politische Mehrheit in Spandau fordert vom Sozialamt und vom Jugendamt Einsparungen, die nur durch Leistungskürzungen erfüllen können. Personal wird eingespart, die Bearbeitungszeiten sind zum Teil unerträglich lang. Bedürftige werden pauschal stigmatisiert, da ihre Anspruchshaltung schuld sei an der bezirklichen Finanzmisere. Auf dem Papier gelten auch in Spandau die Gesetze, in der Realität ist ein Gang zum Amt für viele ein Spießrutenlauf.

Das muss sich ändern!

Unsere Direktkandidatinnen



**Wahlkreis 1
Hakenfelde**

Föderale
Strukturen sind
oberstes Gebot

Angelika Höhne



**Wahlkreis 3
Siemensstadt**

Bildung und
Ausbildung sind
oberstes Gebot

Tom Stöber



**Wahlkreis 4
Staaken**

Eine effektive
Verwaltung
ist oberstes Gebot

Rudolf Königler



**Wahlkreis 2
Neustadt**

Soziale
Gerechtigkeit
ist oberstes Gebot

Sieglinde Müller



**Wahlkreis 5
Gatow/Kladow**

Konsequenter
Umweltschutz
ist oberstes Gebot

Christoph Sonnenberg-Westeson



**Kreis-Geschäftsstelle
Jagowstr. 15**

Hauptsache
dem Wappentier
geht es gut!

Klara-Jenny von Igel

Unsere KandidatInnen für die



Angelika Höhne

Listenplatz 1

Jahrgang 1962, BerlinerIn, ev., ver.di, Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Mitarbeiterin der AL Spandau - Bündnis 90 / Die Grünen. Seit 1986 mit Unterbrechungen Bezirksverordnete der GAL-Fraktion in der BVV-Spandau.

Ich setze mich für die Stärkung der Bezirke und die Rechtsgleichheit im Land Berlin ein. Es kann und darf nicht sein, dass die Bezirke entscheiden müssen, welche (Pflicht-) Aufgaben sie zukünftig noch erfüllen können. Die Bezirke müssen aber auch lernen, ihre Konzepte aufeinander abzustimmen, statt untereinander und mit den Umlandgemeinden zu konkurrieren. Gewinnen können wir nur gemeinsam, von den Vorzügen der einzelnen Bezirke profitieren alle: Der Berliner Charme liegt in der Widersprüchlichkeit und der Vielfalt. Hier findet seit jeher Jede/r einen Platz.

Fair statt prekär! Die Öffentliche Hand muss ihre Verantwortung für faire Arbeitsbedingungen wahrnehmen.



Christoph Sonnenberg-Westeson

Listenplatz 2

Jahrgang 1969, Schleswig-Holsteiner, ev., verh., ein Kind, PR-Berater. Seit 2006 Bezirksverordneter, seit 2010 Fraktionsgeschäftsführer der GAL. Ein Schwerpunkt ist der Umwelt- und Naturschutz im Bezirk. Straßenbäume müssen ebenso wie die im geplanten Landschaftspark Gatow entstandene Wiesenlandschaft erhalten bleiben. Es darf nicht sein, dass eine ökologische Ausgleichsmaßnahme - geplant seit Mitte der 90er Jahre - zu einer ökologischen Abwertung artenreicher Biotope führt. Die Renaturierung der Tiefwerder Wiesen sowie der Schutz des Groß Glienicker Sees sind weitere politische Ziele. Das Handeln der Spandauer Verwaltung muss zudem transparenter werden.

Weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Bildung und Kultur. Ziel ist, vernünftige Rahmenbedingungen in den Schulen zu schaffen, z. B. für inklusiven Unterricht, in dem die Fähigkeiten und das soziale Verhalten aller Kinder gefördert werden.



Ritva Harju

Listenplatz 3

Bereits zum Ende der Wahlperiode 1995- 99 war ich einige Monate in der Frauenfraktion und habe die Arbeitsweise der BVV kennen gelernt. Seit 2006 vertrete ich die GAL-Fraktion als Bezirksverordnete in den Ausschüssen für Stadtentwicklung (Vorsitzende), Bauen, Verkehr und Gebäudemanagement und Eingaben und Beschwerden.

Im Bereich Stadtentwicklung möchte ich mich weiterhin gegen überdimensionierte, unökologische und unsoziale Projekte einsetzen. So führen z. B. Discounter und Einkaufszentren zu einer Konzentration der Einkaufsmöglichkeiten. In Haselhorst lässt sich gut beobachten, dass fast alle kleinen Lebensmittelmärkte verschwunden sind. Einkaufen **gehen** ist für die meisten HaselhorsterInnen nicht mehr möglich.

Im Bereich Verkehr möchte ich für einen eigenständigen Verkehrsausschuss eintreten. Die Vielzahl der verkehrspolitischen Themen lässt sich im bestehenden Mega-Ausschuss für Bauen, Verkehr und Gebäudemanagement nicht vernünftig bearbeiten.



Franz-Josef Bayer

Listenplatz 4

Ich bin 57 Jahre alt, arbeite bei der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW und bin Ende 2009 in die BVV nachgerückt. Einer meiner beiden Arbeitsbereiche ist der Sportausschuss. Zentrales Thema war hier die (Teil-) Aufgabe der Bruno-Gehrke-Halle, die der CDU-Stadtrat und Bürgermeisterkandidat Röding durchgesetzt hat. Den Spandauer Vereinen wird dafür eine neue Schul- und Vereinssporthalle am Askaniering versprochen, die von CDU/FDP/Panther in die Investitionsplanung ab 2013 eingesetzt wurde, eine Planung, die nach der Wahl auf jeden Fall erneut verhandelt wird. In meinem zweiten Arbeitsbereich, dem Ausschuss für Wirtschaft, Ordnungsamtsangelegenheiten und Zentrale Aufgaben ist der Bereich Wirtschaft mangels bezirklicher Kompetenzen eher untergeordnet, Einfluss genommen werden kann hier über die Stadtentwicklung.

Angesichts der guten Wahlprognosen hoffe ich auf eine Verstärkung der Fraktion, die mehr Raum für mein Lieblingsthema Energiepolitik lässt.

Bezirksverordnetenversammlung

Listenplatz 5

Sieglinde Müller

Sieglinde engagierte sich als Elternvertreterin in der Jugend- und Schulpolitik bereits vor 19 Jahren. Sie ist seit 13 Jahren aktives Mitglied der AL Spandau. Als heutige Praxisbegleiterin für Förderschüler/innen der 10. Klasse im Übergang Schule / Beruf kämpft sie auch gegen die Hürden der Integration. Ihre wichtigen Schwerpunkte sind: Mieterschutz, soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Datenschutz, der Schutz der Kleingärten, Gewässerschutz und der Kampf gegen soziale Kälte und rassistische Entwicklungen in Berlin. Sie vermisst einen Jugendbeauftragten im Bezirk, möchte eine nachhaltige und integrative Kiezentwicklung für die Menschen in den zugestärkten Wohngebieten und verlangt nach wie vor die gesetzlich vorgeschriebenen 10% aus dem Bezirkshaushalt für den Jugendetat. Sie will nun in einer starken GAL Fraktion im Rathaus Spandau mitarbeiten, um an den bestehenden Zuständen Spandaus etwas zu ändern.



Listenplatz 6

Holger Gorski

Holger Gorski ist ein 33 jähriger alleinerziehender Vater, der seit 2010 in der AL Spandau aktiv ist. Der Maschinenbaumechaniker engagiert sich als ehrenamtlicher Trainer für den Spandauer Sportverein (SSV). Darüber hinaus will er aber eine generelle Verbesserung in der Spandauer Sportlandschaft. Hier strebt er einen erleichterten Zugang für benachteiligte Kinder und Jugendliche zum Breitensport an, möchte die dafür erforderliche Schulung der Trainer/innen einführen und eine generelle Stärkung des Spandauer Sportstammts durch eine vermehrte Beteiligung der bezirklichen Vereine erreichen.

Aber auch die katastrophalen Zustände im Jugendamt Spandau und dessen Arbeitsbedingungen sind für ihn dringend zu ändern. So sieht er das Fehlen jeder Anwerbung von Pflegefamilien als Ursache, für die viel zu schnelle Heimeinweisung von Kindern. Dafür will er in der BVV diskutieren und kämpfen.



Listenplatz 7

Brigitte Apel

Sicher kann man mittels BVV nicht die Welt verändern, ist sie doch lediglich Teil der Verwaltung und die großen politischen Auseinandersetzungen finden andernorts statt. Hier gilt es, auf das Verwaltungshandeln Einfluss zu nehmen, das mitunter weder bürgernah noch sinnvoll ist.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Sport- und Freizeitstätten für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben und dass das Wohnumfeld für Spandauerinnen verbessert wird. Dazu gehören nicht nur Erhalt und Pflege der Grünanlagen, sondern auch der Erhalt dezentraler Einkaufsmöglichkeiten, die Verhinderung weiterer Spielcasinos und Wettbüros und vieles andere mehr.

Was mir aber besonders am Herzen liegt, ist die Abwehr rechtsradikaler Tendenzen, Diskriminierung von Migrantinnen und populistischer Deutschtümelei, die jetzt wieder verstärkt auf uns zukommen.



Listenplatz 8

Manfred Kurt Vormelker

Ein großes Anliegen ist mir, die Attraktivität des Nahverkehrs in Spandau zu steigern. Dafür setze ich mich seit über 20 Jahren im Bahnkundenverband ein. In der BVV will ich diesem mehr Nachdruck verschaffen. Für mich heißt das, die S-Bahn muss über den Endpunkt am Rathaus wieder zur Stadtgrenze (Albrechtshof) fahren, mit neuen Bahnhöfen dort, wo Menschen im Bezirk auch wohnen. Die Hauptlast des Verkehrs muss wieder der Straßenbahn zukommen, die zuletzt 1967 hier fuhr. Mit der Tram zu fahren ist attraktiver und auf starken Strecken viel wirtschaftlicher als der Bus. Als erstes Netz schlage ich ein Linien-X vor, mit den Endpunkten Hakenfelde und Wasserstadt im Norden und Hahneberg und Heerstraße im Süden des Bezirks. Aber auch die Belange von FußgängerInnen, RollifahrerInnen und RadlerInnen möchte ich nicht vergessen. Zudem reizt es mich auch, in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Bürgerbeteiligung starke grüne Akzente zu setzen.



Unsere KandidatInnen für die



Birgit Lucas

Listenplatz 9

Die Kürzungen im Gesundheits- und Sozialetat sind katastrophal. Damit werden dringend benötigte Hilfen gekürzt. Spezielle Anforderungen, wie z. B. bei Dentalphobikern oder Integrationsmaßnahmen werden damit genauso beschnitten, wie Leistungen in der medizinischen Versorgung, deren Sicherstellung u. a. im Sozial-Gesetz-Buch festgelegt ist!

Doch dies ist nur die eine Seite. Neben allen Ärgernissen wird hier gleichzeitig eine Chance aufgetan sich als Bürger mithilfe von Bürgerbegehren und Bürgerinitiativen, wie z. B. den Mahnwachen für den sofortigen Atom-Ausstieg, endlich auch für eine menschenfreundliche Gesellschaft, den Naturschutz und somit dem Selbstschutz einzusetzen, wie dies im Grundgesetz verankert ist. Wir haben nur eine Erde auf der wir alle leben wollen, auch die Natur. Mit diesem ganzheitlichen Denken sind wir alle in der Verantwortung aktiv zu werden, für eine gesunde Welt, deren Teil Spandau sein kann.



Rudolf Königer

Listenplatz 10

Zuschauen und alle paar Jahre wählen war mir auf Dauer zu wenig. Jetzt will ich mich einmischen. In der BVV will ich mich beteiligen um die Erfahrungen einsetzen zu können, die ich während der 5 Jahre als Qualitätsmanager gesammelt habe.

Meine Hauptinteressen sind der effiziente Umgang mit Energie und Rohstoffen, eine menschliche Wirtschaft und Transparenz in allen Dingen.

Obwohl im Bezirk nicht die großen Entscheidungen fallen, beginnen auch große Veränderungen im Kleinen, bei der Umsetzung im Alltag. AKW's werden überflüssig und das Klima wird geschützt, wenn viele kleine Entscheidungen den Weg in die richtige Richtung ebnen.

Aber auch in der Wirtschaft geht es um Effizienz. So sollte bei der Ansiedlung und Unterstützung von Gewerbe und Dienstleistungen der Nutzen für Spandau und seine Bewohner, sowie die grünen Ziele beachtet werden.



Gabriele Türkmén

Listenplatz 11

Berlinerin, Rentnerin, seit 1964 Spandauerin, kennt also noch die Straßenbahn!!!

Die Arbeitssituation im Gesundheitsamt muss verbessert werden. Es dauert oft Wochen bis Hilfesuchende einen Termin beim Amt bekommen. Ob „Stalking“ oder häusliche Gewalt, in diesen Fällen muss sofort geholfen werden. Ich möchte eine besserer Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bereichen wie Polizei und Gesundheitsamt erreichen.

Vermieter ignorieren oft die Beschwerden über Belästigungen, Drogenhandel, Verschmutzungen bis hin zu Bedrohungen einzelner Mieter/innen. Ich möchte daher die Vermieterseite mehr in der Verantwortung sehen auf Beschwerden sofort, bzw. in einem angemessenen Zeitraum zu reagieren. Gesetzliche Mittel stehen ihnen zur Hand, ob Abmahnung oder angedrohte Kündigung im Wiederholungsfall – die betroffenen Mieter sind von den Vermietern zu beschützen.



Sven Schreiber

Listenplatz 12

Jahrgang 1964, Thüringer, Maler, Musiker

Arbeitet nach Abschluss der Lehre in verschiedenen Ländern als Handwerker und holte nach, was in der damaligen DDR nicht möglich war. „Umzug“ 1989 über die CSSR nach Koblenz.

Seit 2006 bin ich Spandauer und Mitwirkender in der AL, jetzt auch Mitglied.

Wichtig im Bezirk ist für mich, Kinder und Jugendliche zu Spaß, Spiel und Sport zu bringen. Natur und Umwelt gehören nicht uns allein, die Welt wird zerstört durch Macht und Geld. Kinder an die Macht.

Gemeinsam sind wir stark und können so ein sicheres und gewaltfreies soziales Umfeld für alle schaffen.

Bezirksverordnetenversammlung

Listenplatz 13

Conny Marmulla

Bereits 1995 -1998 war ich Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung. Damals arbeitete ich in den Ausschüssen Stadtentwicklung (Vorsitz), Rechnungsprüfung, Wirtschafts- und Grundstückswesen sowie Bauen, Wohnen und Verkehr. Diese Themen interessieren mich natürlich auch heute noch und ich würde gerne wieder dazu arbeiten. Es ist weiterhin notwendig, sich auch in Spandau gegen unsinnige und umweltzerstörerische Bauprojekte einzusetzen, die ausschließlich den Profitinteressen der Bauherren dienen und nicht dem Gemeinwohl.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit aber werden die Belange von Frauen sein. Es gilt, sich gegen Unterdrückung zur Wehr zu setzen (und nicht nur bei Migranten!), Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen, vor Altersarmut, ungleicher Bezahlung und was der Unterdrückungsinstrumente mehr sind. Auch in Spandau gibt es auf diesem Gebiet mehr als genug zu tun.



Listenplatz 14

Thomas Sielemann

Ich werde mich, im Rahmen der Möglichkeiten, die ein Mandat in der BVV Spandau bietet, dem Privatisierungswahn und der beliebten Unterordnung des Menschen und seiner Bedürfnisse unter die Bedürfnisse "der Wirtschaft", womit in erster Linie die Bedürfnisse der Kapitaleigner nach ständig steigendem Profit gemeint sind, entgegen stellen. Ein Beispiel: Dabei geht es um die bezirkliche Aufsicht über das geltende Ladenöffnungsgesetz. Das Bezirksamt Spandau legt die Bestimmungen unter Missachtung des Beschäftigtenschutzes traditionell immer sehr weit, und damit familienfeindlich aus. So wurde ein vom Betreiber der Spandau-Arcaden feigenblattmäßig auf deren Privatgelände veranstaltetes „Einheitsshopping“ als „besonderes Ereignis“ anerkannt, aus dem - „im öffentlichen Interesse“ - sonntags die Geschäfte öffnen durften, übrigens auch gleich in der benachbarten Altstadt und anderswo im Bezirk. So etwas darf es zukünftig nicht mehr geben.



Listenplatz 15

Bettina Apel

Bettina Apel kandidiert zum ersten Mal für die BVV und hat sich daher für einen Nachrückerinnenplatz entschieden. Sie wird vorerst den Aktiven zuarbeiten, um dann in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode voll durchstarten zu können.

Natürlich interessiert sie der Bereich Gesundheit besonders, arbeitet sie doch seit über 20 Jahren als Krankenschwester. Ihr Schwerpunkt ist die Gesundheitsvorsorge und sie wird sich dafür einsetzen, dass präventive Maßnahmen im Bezirk ausgebaut werden. Hierzu gehört nicht nur die konsequente Umsetzung des Nichtraucherschutzes und die Überwachung von Gaststätten, Kantinen und Mensen, sondern auch der Schutz der Spandauerinnen vor Lärm und Schadstoffmissionen.

Ein besonderes Anliegen ist Bettina die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht gegenüber pflegebedürftigen Menschen in Heimen und Krankenhäusern in enger Kooperation mit dem MDK und der Heimaufsicht.



Listenplatz 16

Jan-Peter Warncke

Zum Wahltermin am 18.9. dieses Jahres hat für mich seit drei Wochen das Rentnerdasein begonnen. Doch von vorn: Nach dem Abi in Gifhorn kam ich 1968(!) nach Berlin. Neben dem Studium: Politik, Jobs, Heirat, 2 Kinder.

Fast zwei Jahrzehnte war ich Berufskraftfahrer (Betonmischer) und wurde nach dem Einbruch der Baubranche arbeitslos. Es folgte die Umschulung zum Altenpfleger. In diesem Beruf bin ich zur Zeit noch im Schichtdienst tätig.

Seit vielen Jahren bin ich Mitglied der AL – Bündnis 90 / Die Grünen und war u.a. Mitbegründer der AG Mensch und Tier für den politischen Tierschutz (endlich der Tierschutz im Grundgesetz!).

Meinen politischen Schwerpunkt in der BVV sehe ich zunächst in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.



Schwarz-gelb im Bezirk abwählen

Spandau braucht den Wechsel

Am 18. September 2011 wird Konrad Birkholz nach 16 Jahren Amtszeit als dienstältester Bezirksbürgermeister in den Ruhestand treten. Als die CDU 1995 stärkste Fraktion wurde, war dies eine kleine Revolution im roten Spandau. Seither war er der Kopf des nun schwarz-roten Bezirksamtes. In der BVV erzielte die CDU 1995 die absolute Mehrheit, seit 2001 benötigte sie die FDP als „Koalitionspartner“. Seit den Wahlen 2006 herrscht in Spandau eine schwarz/gelb/grau Zählgemeinschaft – die Entwicklung Spandaus entspricht dieser tristen Farbkombination.

Im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus, in dem der Senat der politischen Mehrheit entspricht, wird die Zusammensetzung des Bezirksamtes nach der Stärke der Fraktionen gebildet. Nur der Bürgermeister wird allein von der politischen Mehrheit bestimmt. Dies zwingt die Kommunalpolitiker/innen im Interesse der Bürger/innen zu einem höheren Maß an Zusammenarbeit – es sei denn, dass die politische Mehrheit ihre Vorherrschaft für machtpolitische Demonstrationen nutzt. Zu Beginn der Wahlperiode veröffentlichte die schwarz/gelb/grau Zählgemeinschaft eine Vereinbarung, in der mit vielen Worten demokratische Werte und Umgangsformen beschworen wurden. Gut, dass es mal gesagt wurde. In der praktischen Umsetzung wurde deutlich, dass die beschworenen Werte oft nicht Grundlage ihres Handelns waren.

Im Ergebnis ist die Bilanz des Bezirksamtes katastrophal: Zusammenarbeit, Bündelung der Ressourcen, gemeinsame Ziele – Fehlanzeige in Spandau. In Zeiten des Sparzwanges kämpft jede/r für sich, statt den Bezirk und letztendlich auch sich durch solidarisches Handeln zu retten. In der CDU streiten seit dem Verlust der absoluten Mehrheit zwei Flügel – durch gelb/grau getrieben siegte oft die machtpolitische Demonstration vor der Vernunft. Aus politischem Kalkül verteidigte diese Zählgemeinschaft nicht einmal die Rechtsansprüche der Spandauer/innen vor den unzumutbaren Vorgaben des rot/roten Finanzsenators. Im Gegenteil, es gab viele Redner (nur Männer!), die noch eins drauf setzten, den Bedürftigen im Bezirk die Schuld an der hohen Verschuldung gaben und Einsparungen und Eingriffe in die Bürgerrechte forderten.



Das Rennen um den Bürgermeisterposten ist offen. Auch wenn die CDU zeitweilig sehr siegesgewiss auftritt und sich der Mehrheiten sicher ist. Gewählt wird am 18. September! Entgegen einigen Presseveröffentlichungen gab und gibt es weder seitens der GAL-Fraktion noch des Kreisverbandes eine Festlegung für einen der Kandidaten. Politik soll Rahmenbedingungen schaffen und für den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen sorgen. Menschen ernst nehmen, ihre Fähigkeiten aufgreifen und die Eigenverantwortung stärken – dies gilt sowohl gegenüber den Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes als auch den Bewohner/innen Spandaus. Anstatt die unterschiedlichen Interessengruppen untereinander auszuspielen, ist

Nach außen galt die Devise „Spandau zuerst“. So sollte der unermüdliche Kampf für den Bezirk dokumentiert werden. Doch zu Lasten der Anderen kann niemand dauerhaft gewinnen. Abgestimmte Konzepte mit den übrigen Berliner Bezirken und den Umlandgemeinden – das allein eröffnet die Perspektive für eine Entwicklung, von der alle profitieren.

Das Rennen um den Bürgermeisterposten ist offen. Auch wenn die CDU zeitweilig sehr siegesgewiss auftritt und sich der Mehrheiten sicher ist. Gewählt wird am 18. September! Entgegen einigen Presseveröffentlichungen gab und gibt es weder seitens der GAL-Fraktion noch des Kreisverbandes eine Festlegung für einen der Kandidaten. Politik soll Rahmenbedingungen schaffen und für den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen sorgen. Menschen ernst nehmen, ihre Fähigkeiten aufgreifen und die Eigenverantwortung stärken – dies gilt sowohl gegenüber den Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes als auch den Bewohner/innen Spandaus. Anstatt die unterschiedlichen Interessengruppen untereinander auszuspielen, ist

Politik soll Rahmenbedingungen schaffen und für den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen sorgen. Menschen ernst nehmen, ihre Fähigkeiten aufgreifen und die Eigenverantwortung stärken – dies gilt sowohl gegenüber den Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes als auch den Bewohner/innen Spandaus. Anstatt die unterschiedlichen Interessengruppen untereinander auszuspielen, ist

die Einbindung aller Beteiligten und Moderation erforderlich. Notwendige Entscheidungen, die getroffen wurden, dürfen nicht aus Wahlkampfgründen wieder in Frage gestellt werden, wie es z.B. derzeit bei der politischen Absage der Umzugsplanung für Musik- und Volkshochschule geschieht. Ohne Senkung der Raumkosten lässt sich das Angebot nicht im derzeitigen Umfang aufrecht erhalten.

Wir stehen zu unseren Werten: Demokratie und Bürgerrechte, solidarisches Handeln und Nachhaltigkeit im Sinne der kommenden Generationen.

Spandau braucht dringend einen Mentalitätswechsel. CDU und SPD brauchen das grüne Korrektiv.

Die Bezirksgruppe der Alternativen Liste Spandau-Bündnis 90/Die Grünen trifft sich jeden Montag um 20 Uhr im AL-Laden.

Dort besprechen wir die aktuellen politischen Ereignisse, die grüne Politik und die Bezirkspolitik. Wir bereiten die BVVen vor und mandatieren unsere Vertreterinnen in den grünen Gremien.

Jeden Dienstag trifft sich die AG - Öffentlichkeitsarbeit und die Stachelredaktion.



Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung alternativer Publizistik e.V.

V.i.S.d.P.: Ernst John

c/o Alternative Liste Spandau/Bündnis 90/Die Grünen, Stachelredaktion,

Jagowstr. 15, 13585 Berlin,

Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73

E-mail: alspandau@freenet.de

Am 18. September



3 X GRÜN